Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marien 1. Telegramm-Adresse: Saar-Post. Fernsprecher 70 und 80. Postscheck 30

DESPIAT ATQUE FOVET 1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00. Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene mm-Zeile 0.35 Frk., Ausland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 20 Frk.

Nr. 16 — Saarlouis, Freitag, den 20. Januar 1928 — 57. Jahrgang.

Innerdeutsche Fragen.

Die erste Lesung des Reichshaushaltplanes

Reichsfinanzminister Dr. Koehler zum Etat.

Berlin, 19. Jan. Im Reichstag, der heute seine erste Sitzung nach den Weihnachtsferien begann, spielte der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Verhandlungen über den Haushalt mit einer längeren Rede ein. Der Minister wies zunächst auf die schweren Notstände hin, mit denen man angesichts der wirtschaftlichen Krise und der ungünstigen Wirtschaftslage so für das Jahr 1928 eingetreten ist. Doch bemerkt die an das Reich im Laufe des vergangenen Jahres gestellten Anforderungen erfüllt worden konnten, trege in dem nicht voraussehenden Umschwung, das die Wirtschaftslage genommen habe. Die Wirtschaft ist nicht nur überraschenderweise in der Lage gewesen, einen großen Teil der außerhalb Millionen Erwerbslosen in sich einzubeziehen, auch der Zuzug der Arbeiter sei geringer. Die Spareinlagen seien von 23 Milliarden im November 1926 auf 24 Milliarden im Oktober 1927 gestiegen. Für die Reichsfinanzen ergeben sich ebenfalls zwei erfreuliche Momente, nämlich einmal das Vorwerfen der vorgesehenen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge, zum zweiten ein erheblicher Mehr an Steuern und Verbrauchsabgaben. In zwei Jahren stieg die Steuer 1927 höhere Steuern und Abgaben zusammen 6,5 Milliarden erhoben, d. h. 1,5 Milliarden mehr als es vorangeschätzen. Der Mehrertrag wurde aber verbraucht zum großen Teil durch die Beamtenbesoldung und durch die Reichsfürsorgeschuldigkeit wieder aufgegeben. Zuwachs blieb nur noch 150 Millionen. Der Vorspruch übrig, die in den Etat für 1928 eingestellt werden müssen. Der dieses betreffe, der zum ersten Male unter der Notwendigkeit, den Etat zu verfassen, der, so sagte man ihn mit Recht und den Etat der Stimmen des bestehen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, den Etat ohne Steuererhöhung mit 9,5 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben zu balancieren.

*

Auf die folgendermaßen kommen wir noch zurück. Nach der Rede des Reichsfinanzministers nahm der Abg. Severing (Soz.) das Wort. Das Zentrum hatte als Fraktionssprecher den Abg. v. Guerard bestimmt. Für die Deutschnationalen sprachen die Abg. Wallraff und von Freytag-Loringhoven, für die Deutsche Volkspartei der Abg. Dr. Cremer, für die Demokraten wird der Abg. Fuchs-Meiser das Wort erzeugen, für die Bayrische Volkspartei der Abg. Reichl, für die Wirtschaftl. Vereinigung der Abg. Drewitz.

General a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag hin von seinem Amt als Reichswehrminister entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Pressekommentare zum Ergebnis der Ländertonferenz

Berlin, 19. Jan. Die Morgenblätter beschäftigen im allgemeinen, wie sie schon zu dem Ergebnis der Ländertonferenz Stellung nehmen, den Ausgang der Kampfe einer Unterschied der Ländertonferenz als mager.

Der Verlauf der Tagung, so schreibt die Germania, habe gezeigt, daß in der Auffassung über das große Problem der Reichsreform zwischen Reich und Ländern eine Kluft bestehe, die auf diesem Wege nicht ausgefüllt werden könne. Nur über die Frage habe Einigkeit werden können: daß nämlich der bisherige Zustand auf die Dauer unhaltbar sei.

Das Berliner Tageblatt spricht von einem unerquicklichen Ende der Konferenz. Die Resolution sei nichts Anzuwenden. Gute Freunde des Reichsfinanzministers, an der Spitze Reichskanzler Müller, hätten sich bei dem Zustandekommen dieser Resolution, allen gelten, um eine Entdeckung zu verteilen.

Die „Deutsche Zeitung" bemerkt, man müsse tatsächlich daran verzweifeln, daß jetzt noch Jahr einen für eine Vereinheitlichung des Reiches gesichern Kamm.

Der „Vorwärts" sagt, zu einem falschen Ergebnis sei ein Aufgebot von 100 Regierungsbeamten nützlich nicht erforderlich gewesen.

Schlechte Zeiten.

E. H. Saarlouis, 19. Jan. 1928.

Die augenblickliche innerpolitische Lage Deutschlands ist alles andere denn erfreulich zu nennen. Ueber die Berliner Kabinettsbesprechungen über die Neuordnung des Reiches hören wir eingehend berichtet. Das jetzt vorliegende Ergebnis ist in den Hauptsache die Verständigungsbereitschaft aller Beteiligten. Ein wirklich praktisches, politisch Gültige konnte dagegen nicht erzielt werden. Der deutsche Reichstag steht sich heute bei Wiederzusammentritt der gesetzgeberischen Arbeiten durch das Plenum nach der Weihnachtspause eine Situation gegenüber, die alles andere denn rosig ist. Wer geglaubt hat, daß etwa die Ferien dazu benutzt worden, den Gedanken des inneren Friedens zu pflegen, wird sich heute gründlich bekehren müssen. Wenn auch die Verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz zunächst durch den Kompromiß Hindenburg der Kanzlerfragen gesichert erscheinen können, so kann dieses eine günstige Moment nicht darüber hinwegtäuschen, daß alles in allem die parlamentarische Lage verzweifelt denn je ist. Es hat den Anschein, daß der Regierungsmann, der auf abschüssiger Bahn immer mehr ins Rollen kommt, und dessen Führer allmählich machtlos die Zügel schießen läßt, gar nicht mehr aufgehalten werden kann, weiteres zu rasch dem Tempo, früher oder später in den Abgrund hinzugleiten.

Doch sind etwa die Gegensätze, die die zwischen den einzelnen Regierungsparteien in den letzten Wochen weiter verschärft haben, nicht ein einfacher gerissener Wagen, den Kanzler und Koalitionsführer Hochwächter verschlungen muß, wenn es in Kürze nicht anders wird? Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wir einem wenig erfreulichen Ende der Legislaturperiode diesen beunruhigenden Entgegenzugehen.

Deutlicher als durch die Vorgänge der letzten Wochen kann unsere innerpolitische Misere gar nicht mehr demonstriert werden. Das Bedenkliche an der augenblicklichen Situation ist aber, daß nicht die Gegensätze bereits bereits in einer oder mehrer offener Feindschaft gegeneinander stehen, die aus sachlichen Anregungen zunächst noch hinter der Kulissen möglichstem wird, sondern sich ein persönlich angeschärfter Kampf herausgebildet hat, der gerade beim Zentrum — alle jener Partei, die es bisher für sich in Anspruch nehmen durfte, allen Stürmen des politischen Alltags gegenüber die innere Einheit und Geschlossenheit gerettet zu haben — Besorgnisse hervorgerufen hat, die geradezu ein Signal für die Größe unserer innenpolitischen Not sind. Es sind ernste Anzeichen vorhanden, die sich insbesondere der Presse bemerkbar machen — wie es beispielsweise die bremische Presse tut — an eine Spaltung glaubt und der Meinung ist, daß ein parteipolitischer Gedanke für sie selbst dabei zu machen wäre, so dürfte doch ihre Enttäuschung nicht gering sein. Es darf nicht übersehen werden, daß der Abg. Stresemann seiner Partei vorangegangen Gottsing gerade die die Tendenzen, die einer auf eine neue Partei hinzuwollen, mit äußerer Schärfe und Bestimmtheit zurückgewiesen hat. Er ist in dieser eindeutig ablehnenden Haltung gar nicht milder und nicht sanfter gewesen, wie sonst in seiner Rede auch. Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß das Zentrum seine internen Auseinandersetzungen selbst zu regeln pflegt, so daß jede Partei hat, die Wert darauf legt, ihre eigenen Herr zu sein. Wir sind überzeugt davon, daß die Führer und die Reihe, mit denen diese innerlich verbunden sind, alles tun werden, um die Differenzen auszugleichen.

Bestimmen Meinung ist auch der badische Parteichef, Herr Abg. Prälat Dr. Schofer, der der Zentrumer Tagesspost gegenüber zu den oben angeführten Vorgängen innerhalb der Partei ungefähr folgendes ausführte: „Es glaube nicht, daß der Schreiber des Briefes, der Herr Reichskanzler Dr. Marx, irgend etwas Kränkendes in diesem Briefwechsel

Zur Förderung des Völkerfriedens!

Genf, 19. Jan. Das Memorandum der britischen Regierung an den Sicherheitsausschuß des Völkerbundes, das im Februar in Genf zur Diskussion kommt, ist in der Form kurz. Der erste Teil befaßt sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit. Er bewegt die Notwendigkeit, zwischen Differenzen juristischer Art und solchen nichtjuristischer Art zu unterscheiden. Die britische Regierung ist der Ansicht, es sei das geeignete, den Sinn des Schiedsgerichts auf die Streitigkeiten internationalen Charakters zu beschränken, die Differenzen juristischer Art behandelt. Die britische Regierung erwartet die Vorbehaltlose bert. Zustimmung zur Fakultativklausel des Artikels 36 des Haager Gerichtshofes. Falls nichtjuristischer Fall sich bei den Schlichtungsverfahren zu regeln. Der zweite Teil des Memorandums, der von der Sicherheit handelt, empfiehlt analoge Anregungen, wie die von Locarno mit dem Zusatzpunkten des Völkerbundspakts abschließen. Der Vertrag von Locarno entspricht dem Geiste der Völkerbundsjahung vollkommen

Die Führer Panamerikas.

London, 19. Jan. Der panamerikanische Kongreß in Havanna hat den Vorsitzenden der kubanischen Delegation Herrn Gonzalez zum Präsidenten und Vorsitzenden der Vereinigten Staaten Hughes zum Vizepräsidenten des Kongresses gewählt.

Ein neuer französischer Anleiheplan.

Paris, 19. Jan. Nach dem „Matin" dürfte in den nächsten Tagen der Finanzminister Poincaré, Caillaux, der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Regierung zur Aufnahme einer hypothekarischen Anleihe von 200 Millionen Franken, die jetzt zinsfreie Tage von 1 Million Franken einnehmen. Die Anleihe soll in 20 Jahren rückzahlbar sein und der Förderung des Schlußbaues für die französische Handelsmarine dienen. Nach dem Blatt sollen die billig verbundene Summen in erster Linie für die Beschäftigung im Ausland auf Grund des Dawesplanes oder dem Ankauf modernster Schiffe im Ausland verwendet werden.

Die Vergewaltigung des Deutschtums in Südtirol.

Berlin, 19. Jan. Nach einer Mitteilung aus Bozen geht die italienische Regierung bei der Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol eigenes weiter vor. Nach den neuesten Meldungen ist das Abhalten des deutschen Religionsunterrichtes in den staatlichen Schulen von der italienischen Regierung verboten worden. Ferner hatte die italienische Regierung zunächst in dieser Angelegenheit einige Zugeständnisse gemacht, die nunmehr aber wieder gänzlich hinfällig geworden sind. Auch der Gebrauch des deutschen Katechismus ist verboten worden.